

Antrag Nr. 26-F-10-0008

AfD

Betreff:

Vorbereitung auf neue E-Scooter-Regelungen ab 2027
- Antrag der Fraktion AfD vom 29.04.2026 -

Antragstext:

E-Scooter sind mittlerweile fester Bestandteil des Stadtbildes, führen jedoch gleichzeitig zu erheblichen Problemen im öffentlichen Raum. Insbesondere falsch abgestellte Fahrzeuge und die missbräuchliche Nutzung auf Gehwegen beeinträchtigen die Sicherheit und Ordnung.

Die angekündigten bundesrechtlichen Änderungen bieten die Möglichkeit, bestehende Missstände konsequenter anzugehen. Es ist jedoch nicht ausreichend, erst zum Inkrafttreten der neuen Regelungen zu reagieren. Vielmehr muss die Landeshauptstadt Wiesbaden frühzeitig die notwendigen organisatorischen, rechtlichen und praktischen Voraussetzungen schaffen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Welche Maßnahmen erforderlich sind, um die künftigen Regelungen vorzubereiten?
2. Ob eine personelle oder organisatorische Anpassung bei Stadtpolizei und Ordnungsamt vorgesehen ist?
3. Ob die Landeshauptstadt Gespräche mit Anbietern von E-Scootern über eine frühzeitige Umsetzung der neuen Vorgaben führt?
4. Ob Überlegungen bestehen, strengere kommunale Vorgaben oder Sondernutzungsaufgaben zu erlassen?
5. Ob die Stadt Informationskampagnen zu den neuen Regelungen plant?
6. Wie Nutzer frühzeitig auf strengere Vorschriften hingewiesen werden sollen?

Wiesbaden, 29.04.2026

Denis Seldenreich
Fraktionsvorsitzender
AfD Stadtverordnetenfraktion

Carsten Propp
Politischer Referent
AfD Stadtverordnetenfraktion